Das Wort des Führers ist unser Befehl

Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot

Von Erich Später

Es war ein Auftrag von höchster nationaler Bedeutung. Die mit Leitern, Werkzeugen und Blechschildern bewaffneten „Arbeiterkolonnen" der Saarbrücker Stadtverwaltung handelten im Sinne des saarländischen Landtagspräsidenten und Führers der *Demokratischen Partei Saar* (DPS), Heinrich Schneider.

In den letzten Monaten des Jahres 1956 wurde das Straßenbild Saarbrückens von allen Erinnerungen an den „nationalen Verrat" der Jahre 1945-55 gesäubert. Die Fraktion der DPS, die im Saarbrücker Stadtrat über die absolute Mehrheit verfügte, hatte mit Unterstützung der CDU am 25. September 1956 beschlossen, die unter der Regierung Hoffmann „obwaltenden antideutschen Instinkte" im öffentlichen Raum auszumerzen.

Die späte Rache patriotischer Gesinnung

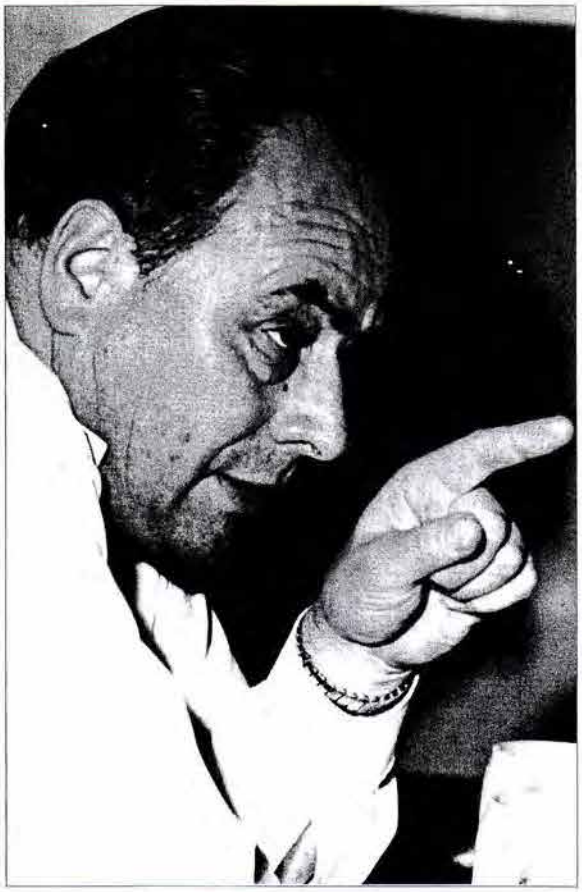
Heinrich Schneider ließ es sich nicht nehmen, persönlich der *Straßenumbenennungskommission* vorzusitzen. Ähnlich wie in den meisten Städten und Dörfern des Saarlandes wurde auch in Saarbrücken dafür gesorgt, daß preußischen Generälen, den verlorenen deutschen Ostgebieten, regionalen Feudalherren und Kämpfern gegen den französischen Erbfeind öffentliche Würdigung zuteil wurde. Auch ein Saarbrücker Steinmetz fand Beschäftigung bei der nationalen Schilder- und „Säuberungsaktion". Er wurde beauftragt, aus der früheren Saargemünder, nun nach Bismarck benannten Brücke folgende Inschrift zu entfernen: „Am 1. Juni 1946 wurde diese wiederhergestellte Brücke von Herrn Colonel Grandval, Gouverneur des Saargebietes, eingeweiht." Der ehemalige Kommandeur der französischen Resistance in Nancy und oberste Repräsentant der französischen Republik an der Saar war für Schneider ein besonderes Haßobjekt, verkörperte er doch die von ihm lebenslang bekämpften politischen und kulturellen Traditionen der französischen Republik.

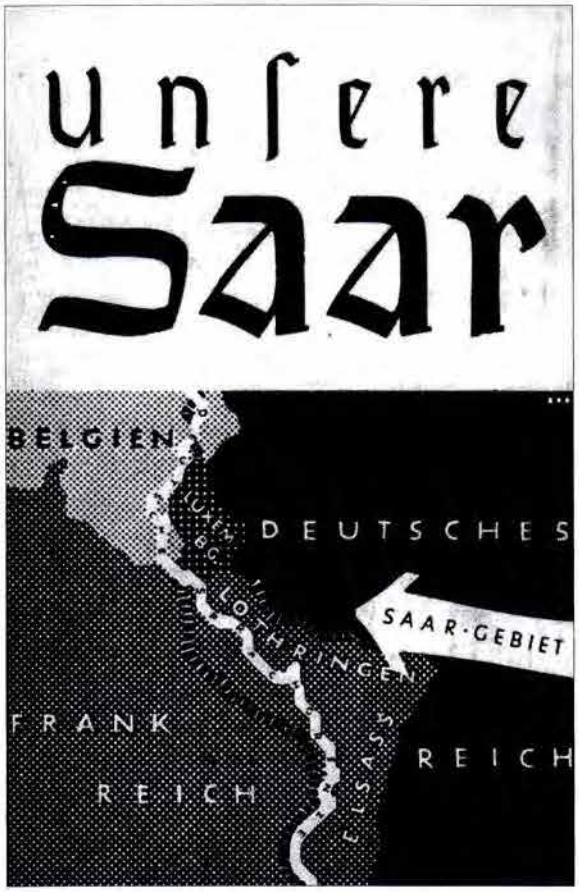
Ins Visier der deutschen Volkstumskämpfer der DPS geriet auch die Saarbrücker *Marschall Ney-Schule*, das heutige *Deutsch-Französische Gymnasium*, das als nationaler „Fremdkörper" betrachtet wurde und für dessen Schließung die DPS eintrat. So titelte die DIE DEUTSCHE SAAR, das Parteiorgan von Schneiders DPS, am 12. Oktober 1956: „Marschall Ney Schule für Deutsche? – Nein. Französische Schulen sind Fremdkörper – Schulpflichtige Kinder gehören in unsere Schule."

Angesichts der saarländischen Jubelfeiern zum vierzigsten Jahrestag des *deutsch-französischen Freundschaftsvertrages* im Frühjahr 2003, bei denen wieder einmal die Selbstbeweihräucherung des Saarlandes als traditionelle Brücke zu Frankreich zelebriert wurde, lohnt es sich, aus dem Leitartikel zu zitieren: „Wir halten es auch für sehr bedenklich, wenn saarländischen Kindern, die das schulpflichtige Alter von 14 Jahren überschritten haben, die Möglichkeit zum Besuch einer französischen Schule eingeräumt würde ... In diesem Zusammenhang ist der Hinweis nicht unwesentlich, daß diese Schulen, selbst wenn saarländische Kinder nur drei bis vier Jahre (nach Vollendung ihres 14. Lebensjahres) dort sein sollten, die Kinder politisch zu Franzosen erziehen. Mag nach deutschem Recht dem Erzieher freigestellt sein, wo er sein Kind nach dem 14. Lebensjahr zur Weiterbildung hingibt – die französischen Schulen sind ein Fremdkörper in unserem Gebiet."[1]

Ein „Fremdkörper" war für Schneider auch die ehrende Erinnerung an Max Braun, den langjährigen Vorsitzenden der saarländischen SPD, der im Abstimmungskampf 1935 mutig die Werte der Demokratie und des Rechtsstaates gegen die sich formierende saarländische „Volksgemeinschaft" verteidigt hatte. Max Braun, der 1945 kurz vor seiner geplanten Rückkehr aus dem englischen Exil verstarb, hatte die geballte Wut der deutschen Nationalisten an der Saar auf sich gezogen. Es war mehr als ein symbolischer Akt, als im Herbst 1956 der regionale Feudalherr, Großherzog Friedrich, wieder zum Namensgeber der *Max Braun-Straße* wurde. Es war eine nachgeholte politische Hinrichtung, die man an dem Sozialisten und militanten antifaschistischen Widerstandskämpfer vollzog. Die traditionelle Borniertheit und Provinzialität der saarländischen Gesellschaft zeigt sich darin, daß der größte Sohn der saarländischen Demokratie

Zeitgeschichte





links: Heinrich Schneider, rechts: Titelblatt der vom „abstimmmungsberechtigte[n] Saar-Deutschen" Heinrich Schneider 1934 verfaßten und in Berlin herausgegebenen Schrift

und Arbeiterbewegung bis heute im Land keine angemessene Würdigung und Erinnerung erfährt. Die Angehörigen Brauns wußten die symbolische Bedeutung der Straßenumbenennung sehr wohl zu interpretieren und ließen seine sterblichen Überreste von Saarbrücken nach Neuss überführen.

Ein begehrter Gauredner

Für Heinrich Schneider und seine Kameraden von der DPS war die Auslöschung der öffentlichen Erinnerung an Braun ein später Triumph. Schneiders politischer Werdegang war eng verknüpft mit dem erbarmungslosen Kampf gegen die Ideen und politischen Traditionen, die Max Braun und die saarländische SPD bis 1935 im Saargebiet repräsentierten: Politische und soziale Demokratie, Antifaschismus, Verständigung und Aussöhnung mit der französischen Republik, unbedingtes Eintreten für die verfolgte und bedrohte jüdische Minderheit.[2]

Laut Mitgliedskartei der NSDAP war Heinrich Schneider 1931 als Mitglied Nr. 419405 in die NSDAP aufgenommen worden. Als NS-Aktivist mit juristischer Ausbildung hatte er schnell Karriere gemacht. Er war Leiter der Presse- und Rechtsabteilung der Gauleitung der NSDAP-Saar und ein begehrter „Gauredner". Nach der „Machtübernahme" der Nationalsozialisten wurde er „Saarreferent" im preußischen Innenministerium und organisierte an zentraler Stelle die Aktivitäten der von den Nazis gesteuerten *Deutschen Front* im Abstimmungskampf 1934/35. In seiner 1934 für eine reichsdeutsche Leserschaft geschriebenen Propagandaschrift *Unsere Saar* forderte er die „Saar-Deutschen" auf, sich dem Befehl des Führers zu unterstellen: „Das Wort des Führers ist unser aller Befehl. Sein Befehl ist unsere Pflicht, und diese Pflicht heißt für das ganze Deutschland: Kampf um die deutsche Saar." Die Saarländer selber müßten, damit dieser Kampf erfolgreich sei, alle Verräter aus dem „Volkskörper" ausmerzen, und er zielte damit in besonderer Weise auf den Vorsitzenden der saarländischen Sozialdemokraten, Max Braun, den er mit dem bis heute in der saarländischen Politik beliebten Stigma des „Zugezogenen" (Braun war 1923 von

„In einem aber gibt es keine Verständigung! Weder das Reich kann verzichten auf Euch, noch könnt Ihr Verzicht leisten auf Deutschland",

rief er unter brausendem Jubel den Hunderttausend Deutschen von der Saar am Niederwald zu. Damit ist aber zugleich allen Deutschen ihre Aufgabe gestellt. Das Wort des Führers ist unser aller Befehl. Sein Befehl ist unsere Pflicht, und diese Pflicht heißt für das ganze Deutschland: Kampf um die deutsche Saar. Nicht Kanonen, Tanks, Gewehre sind unsere Waffen in diesem Kampf, sondern das gleiche Blut, die gleiche Sprache und Sitte, die gleiche große unendliche Liebe zum gemeinsamen Vaterland, das da heißt:

Ewiges Deutschland!

Lasset die Welt hören, wir sind ewig eins, untrennbar verbunden im gemeinsamen Schicksal der Zukunft wie in der Vergangenheit: das Volk von der deutschen Saar und alle die Söhne und Töchter deutscher Erde. Das wollen und werden wir der Welt beweisen im kommenden Abstimmungsjahr. Und dieser Glaube, der Berge versetzt, wird auch die Deutschen von der Saar heimführen ins große deutsche Vaterland!

Wenn so Millionen deutscher Volksgenossen wissen, daß der Kampf um die Saar ihr eigenes Sein oder Nichtsein bedeutet, müssen sie nun im einzelnen kennenlernen, was das Diktat von Versailles an der Saar schuf. Sie müssen hören von dem treuen Volk, seinen Sitten und Gebräuchen, seiner Arbeit, seinem Leid und seiner Liebe zu Deutschland.

15

Vereinigungen, die meist nur aus einem Briefbogen und einem Stempel bestehen. Sie sind an der Saar völlig bedeutungslos. Ihre Mitgliederzahl steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer (von Frankreich bezahlten) Reklame. Ihre Aufgabe dürfte allein darin bestehen, durch „Denkschriften" an den Völkerbund die wirkliche Stimme der Bevölkerung zu übertönen und Nichtvorhandenes vorzutäuschen.

Die Sprachrohre dieser frankophilen Organisationen sind das „Saarlouiser Journal", der gleichfalls in Saarlouis erscheinende „General-Anzeiger" und die in Forbach erscheinende „Chronik". Auch bei den Redakteuren dieser sauberen Blätter bietet sich uns das gleiche Bild: sie sind zugewandert, nicht abstimmungsberechtigt: Schütz- und Söldlinge Frankreichs.

DIE SOZIALDEMOKRATIE

Wenn immer im deutschen Vaterland die N.S.D.A.P. die Sozialdemokratie als die Partei des Landesverrats bezeichnete, so rechtfertigt sich dieser Vorwurf ganz besonders durch das Verhalten der Führung der S.P.D. an der Saar. Ihr Führer ist der berüchtigte Matz Braun, der erst 1923 von Neuß am Rhein zur Saar kam. Er ist natürlich nicht abstimmungsberechtigt. Die bodenständige Bevölkerung hat dieser Truppe längst den Rücken zugekehrt. Würde die Saarregierung heute die Saarbevölkerung nach ihrem Willen befragen, so würde sie und Frankreichs Schützling Braun eine große Überraschung erleben. Außerdem sind die wahren Drahtzieher dieser Partei an der Saar jetzt ausschließlich Emigranten. Ihre beiden Organe sind die Zeitungen: „Saarbrücker Volksstimme" und „Deutsche Freiheit". Sie werden in Wirklichkeit zusammengeschrieben von den aus dem Reich geflohenen S.P.D.-Bonzen Sollmann, Beyer (Jude!) und Kirschmann aus Köln, ferner dem aus dem Hörsing-Haas-Prozeß berüchtigten Rechtsanwalt Heinz Braun, Konrad Heiden und

4* 51

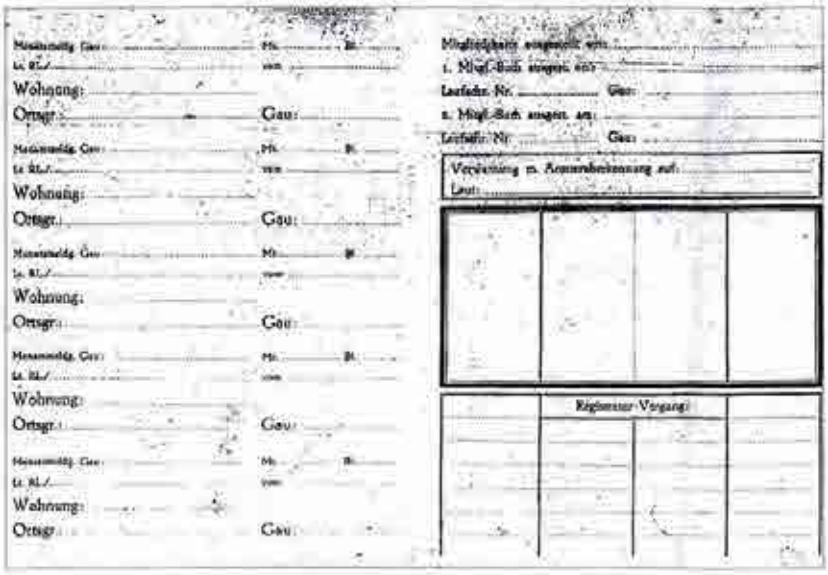
Die Seiten 15 und 51 aus der Heinrich Schneider-Schrift Unsere Saar

Neuss nach Saarbrücken gekommen) belegt. „Wenn immer im deutschen Vaterland die NSDAP die Sozialdemokratie als die Partei des Landesverrats bezeichnete, so rechtfertigte sich dieser Vorwurf ganz besonders durch das Verhalten der Führung der SPD an der Saar. Ihr Führer ist der berüchtigte Max Braun, der erst 1923 von Neuss am Rhein zur Saar kam. Würde die Saarregierung heute die Saarbevölkerung nach ihrem Willen befragen, so würde sie und Frankreichs Schützling Braun eine große Überraschung erleben", schrieb Schneider. Ein besonderes Anliegen war ihm die Entlarvung und Kennzeichnung demokratischer und sozialistischer Politiker als Juden. Über die *saarländische Liga für Menschenrechte* schrieb er, sie umfasse wie ihre in Deutschland verstorbene Schwester „im wesentlichen nur Juden".

Nachdem sich 90 Prozent der Saarländer 1935 für den Anschluß an Hitler-Deutschland entschieden hatten, konnte man die Verwirklichung von Schneiders Traum der „Säuberung des saarländischen Volkskörpers" von Linken und Juden in Angriff nehmen. Die saarländische Linke repräsentiert dabei, jenseits aller politischen Differenzen, die verhaßten Ideale universeller menschlicher Gleichheit: Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus. Dem jüdischen Teil der Menschheit wird in dieser deutschen Konzeption einer revolutionären Neuordnung der menschlichen Zivilisation auf der Basis radikaler anthropologischer Ungleichheit die biologische Trägerschaft all dieser verhaßten Ideen zugeschrieben.

Die staatlich organisierte Entrechtung, Ausplünderung und Vertreibung der Saarländer jüdischen Glaubens beginnt am 13. Januar 1935 und endet für Hunderte von Menschen in den deutschen Vernichtungslagern. Für dieses Verbrechen ist Heinrich Schneider als Propagandist und hoher Funktionär der NSDAP politisch und moralisch mitverantwortlich.

Die nationalsozialistische Bewegung und ihr charismatischer Führer verkörpern den radikalen deutschen Nationalismus, der zur Staatsmacht wird. Im Saarland, später auch in Österreich, dem Sudetenland und Danzig manifestiert sich in der Leichtigkeit, mit der es gelingt, die politischen Feinde zu isolieren und auszuschalten, die gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit und Attraktivität des radikalen



oben: Heinrich Schneiders NSDAP-Mitgliedskarte (Vorderseite) mit dem Datum seines Parteieintritts.

unten: Rückseite der Mitgliedskarte, aus der hervorgeht, daß Schneider nicht aus der Partei ausgeschlossen wurde

deutschen Nationalismus, der weit über die NSDAP hinausreicht. Zwanzig Jahre später brachte Schneider diesen Zusammenhang auf den Punkt, als er auf einer Versammlung in Düsseldorf am 11. Juni 1956 die anwesenden Journalisten aufforderte: „Schreiben sie ruhig, wir seien alte Nazis – bei deutsch denkenden Menschen ist das die beste Propaganda". Zu diesem Zeitpunkt war er Präsident des saarländischen Landtages. Seine DPS hatte im Januar 1956 bei den Landtagswahlen 24 Prozent der saarländischen Wähler für sich gewinnen können und war knapp hinter der CDU zur zweitstärksten Partei geworden. Dieser späte Triumph, die Erringung politischer Macht und gesellschaftlicher Reputation, war Heinrich Schneiders persönliches „Wunder an der Saar". Er wurde entschädigt für die bittere Niederlage, die er als einer der Anführer saarländischer Nazis im Kampf gegen die Clique des Gauleiters Joseph Bürckel hatte erleben müssen. Er war von den Schaltstellen der Macht verdrängt worden und hatte sein Geld als Rechtsanwalt verdienen müssen.

Schneider hat aus der Niederlage im Kampf rivalisierender Nazi-Cliquen um Macht und Pfründe die persönliche Legende gestrickt, er sei wegen politischer Differenzen kaltgestellt und aus der NSDAP

Ehemaliges Berliner Document Center

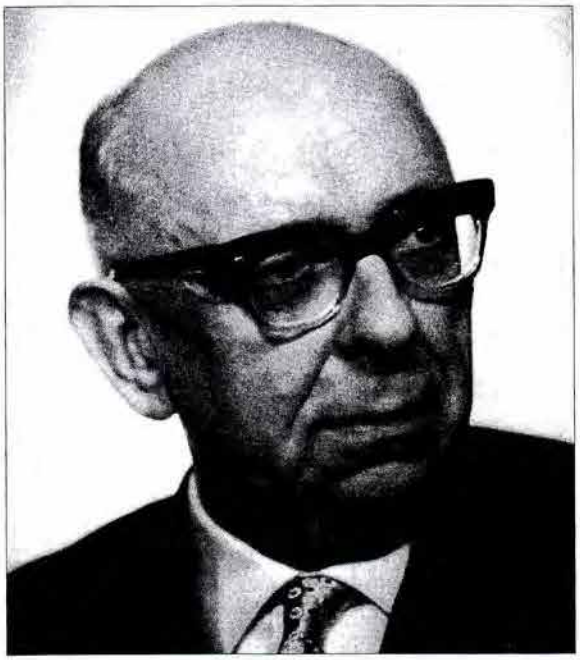
Die Bestände des ehemaligen *Berliner Document Center* wurden 1994 von den USA an das Bundesarchiv in Berlin übergeben. Sie enthalten als wichtigste Bestandteile die von der US-Armee in einer Papiermühle bei München beschlagnahmte Mitgliederkartei der NSDAP und die SS-Führerakten des SS-Personalhauptamtes. Die vom Reichsschatzmeister geführte Mitgliederkartei der NSDAP ist mit circa 11,5 Mill. Karten relativ dicht überliefert. Sie setzt mit der Wiederbegründung 1925 ein. Neben der zentralen alphabetischen Serie war eine nach Ortsgruppen organisierte „Gaukartei" geführt worden. Über die persönlichen Daten, die Mitgliedschaft und Ortsveränderungen hinaus enthalten die Karten gelegentlich weiterführende Hinweise.

ausgeschlossen worden. Zwar wurde er im Zusammenhang des Parteigerichtsverfahrens des neuen Gauleiters Bürckel gegen den ehemaligen NSDAP-Führer Spaniol am 21. Oktober 1937 wegen „dauernden parteischädigenden Verhaltens" von einem Parteigericht in Saarbrücken aus der NSDAP ausgeschlossen. Doch wurde der Ausschluß von der Reichsleitung nicht bestätigt, so daß Schneider bis 1945 ordentliches Parteimitglied blieb.

Schneiders Gegendarstellungen bezüglich seiner NS-Vergangenheit beziehen sich fast immer auf seine Berliner Tätigkeit von 1933-35, die in seinen Augen keine nationalsozialistische, sondern eine Tätigkeit, die für jeden anständigen Saarländer eine Selbstverständlichkeit gewesen sei: „Das Bekenntnis zum deutschen Vaterland". Für die Behauptung Schneiders, er habe als Rechtsanwalt Regime-Gegner und auch Juden verteidigt, fanden sich keine Belege in seinem Nachlaß. Für die politische Bewertung seiner Person spielt dies auch keine Rolle. Im wesentlichen bleiben seine politischen und beruflichen Tätigkeiten nach 1935 im Dunkeln. Im *Amtshandbuch für den Gau Saarpfalz 1937/38* wurde er „als arischer Rechtsanwalt" geführt. In der Zeit von 1942 bis 1945 arbeitete er als Jurist in Ribbentropps Auswärtigen Amt.

Neuer Aufstieg im altem Geist

Schneiders politischer Wiederaufstieg nach 1945 war eng verbunden mit dem Kampf gegen das verhaßte „Separatisten- und Emigranten-Regime" der 1947 konstituierten Saarländischen Republik. Die Männer und wenigen Frauen, die das Saarland von 1947-55 regierten, bezogen ihre moralische Legitimation aus ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie hatten im Abstimmungskampf 1935 die saarländische Demokratie verteidigt und dafür mit Exil, Folter und Konzentrationslager bezahlt. Viele ihrer Mitstreiter waren ermordet worden. Auf Seiten der soge-



oben:
Landtagsmitglied Richard Becker
Mitte:
CDU-Fraktionsvorsitzender Erwin Albrecht
unten:
Hubert Ney

nannten prodeutschen Parteien, vor allem in Schneiders DPS und der saarländischen CDU, sammelten sich die alten Funktionäre der *Deutschen Front* von 1934/35, die vielfach bereits 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren. Ihre Politik hatte das Saarland in den größten politischen, moralischen und materiellen Bankrott seiner Geschichte geführt. Die allerwenigsten waren bereit, dies anzuerkennen, geschweige denn Verantwortung für ihre Beteiligung an der Errichtung und Durchführung der Terrorherrschaft zu übernehmen.

Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 und der Reintegration der nationalsozialistischen Funktions- und Vernichtungseliten gewannen diese Prodeutschen im Saarland immer mehr an Boden. Sie weigerten sich, die saarländische Verfassung zu akzeptieren, und propagierten den Wiederanschluß an Deutschland. Schneider gelang es 1950/51, durch die Organisation von Masseneintritten vor allem ehemaliger saarländischer Nazis die wirtschaftsliberale DPS zu übernehmen. Deren Verbot durch die Regierung Hoffmann machte Schneider zum Märtyrer der deutschen Nationalisten. Nach dem Vorbild der Kampagnen der *Deutschen Front* von 1934/35 gegen die saarländischen „Verräter" entfesselte er seine Propaganda gegen das „Hoffmann-Regime" und stilisierte sich und seine alten Nazi-Kameraden zu Opfern der ehemaligen Emigranten und Separatisten.[3]

Die Volksabstimmung vom 13. Oktober 1955 über das *Europäische Saarstatut* wird von den *Saarländischen Heimatbundpar-*

oben:
Die saarländische Landesregierung von 1957 (v.l.n.r.): Josef Röder (Kultus), Hubert Ney (Justiz), Kurt Conrad (Arbeit), Ministerpräsident Egon Reinert, Manfred Schäfer (Finanzen), Heinrich Schneider (Wirtschaft), Julius von Lautz (Inneres)

unten:
Egon Reinert

rechte Seite:
Die NSDAP-Mitgliedskarten (von oben nach unten): Richard Becker, Egon Reinert und Julius von Lautz

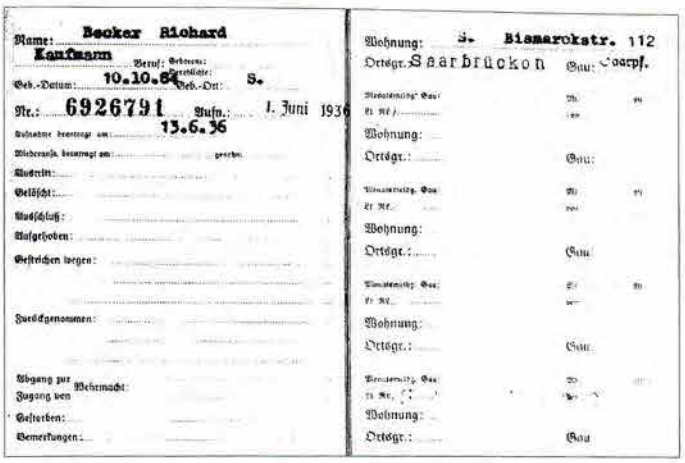
teien (DPS, CDU, deutsche Sozialdemokraten) zur Generalabrechnung mit der saarländischen Nachkriegspolitik und den sie prägenden antifaschistischen Widerstandskämpfern umfunktioniert. Die Kampagne gegen den militanten katholischen Hitler-Gegner Hoffmann, der als „Ulbricht" des Saarlandes bezeichnet wurde, entbehrt angesichts des politischen Werdegangs der meisten politischen Repräsentanten von DPS und CDU nicht einer gewissen Komik. „Eine Art Rütlischwur bindet fortan die Führer der deutschen Parteien: sie wollen und werden solange gemeinsam handeln, bis die letzten Reste des Separatismus in unserer Heimat aufgemerzt sind", schrieb die deutsche SAARZEITUNG auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung im Sommer 1955.

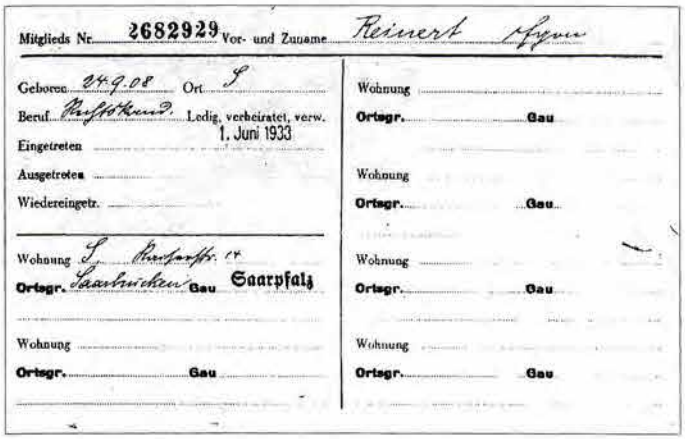
Die Fraktion der Ewiggestrigen

Nach dem Sieg in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 und der folgenden Landtagswahl am 18. Dezember 1955 wurde diese Drohung zur politischen Linie der von den ehemaligen Heimatbundparteien gebildeten neuen saarländischen Koalitionsregierung. Im Gegensatz zu 1935 waren aber dem Wunsch nach ‚Ausmerzung' enge politische und rechtliche Schranken gesetzt. Die aufgestaute Wut entlud sich in einem Amoklauf gegen die antifaschistische Erinnerungskultur des Saarstaates. Die zweite, diesmal freiwillige Emigration hochrangiger Politiker der Hoffmann-Ära wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Verwaltungen, Behörden und Justiz werden durch Pensionierungen, Versetzungen und bürokratische Willkür von „Separatisten" gesäubert.

Bereits im Abstimmungskampf hatten sich die künftigen Führungsgruppen an den Schaltstellen der Macht in Gesellschaft, Politik, Bürokratie und auch in den Massenmedien formiert. Lebensgeschichtlich haben sie ihre Erfahrungen auf Seiten der Mehrheit der Saarländer gemacht, als führende Mitglieder der nationalsozialistisch gesteuerten *Deutschen Front* in den Jahren 1934/35, als Angehörige der NS-Funktions- und Vernichtungselite, in der Rüstungswirtschaft, als Organisatoren der deutschen Terror- und Ausplünderungsherrschaft im besetzten Europa.

Detaillierte Arbeiten über den Austausch der gesellschaftlichen und politischen Elite an


Name: Becker Richard
Kaufmann
Beruf: Gebeten: Verstorbene:
Geb.-Datum: 10.10.6[illegible] Geb.-Ort: S.
Nr.: 6926791 Aufn.: 1. Juni 1936
Aufnahme bestätigt am: 13.6.36
Wiederaufn. bestätigt am: gerichtl.
Austritt:
Gelöscht:
Ausschluß:
Aufgehoben:
Gestrichen wegen:
Zurückgenommen:
Abgang zur Wehrmacht:
Zugang von
Gestorben:
Bemerkungen:
Wohnung: S. Bismarckstr. 112
Ortsgr. Saarbrücken Gau: Saarpf.
Wohnung:
Ortsgr.: Gau:
Wohnung:
Ortsgr.: Gau:
Wohnung:
Ortsgr.: Gau:
Wohnung:
Ortsgr.: Gau

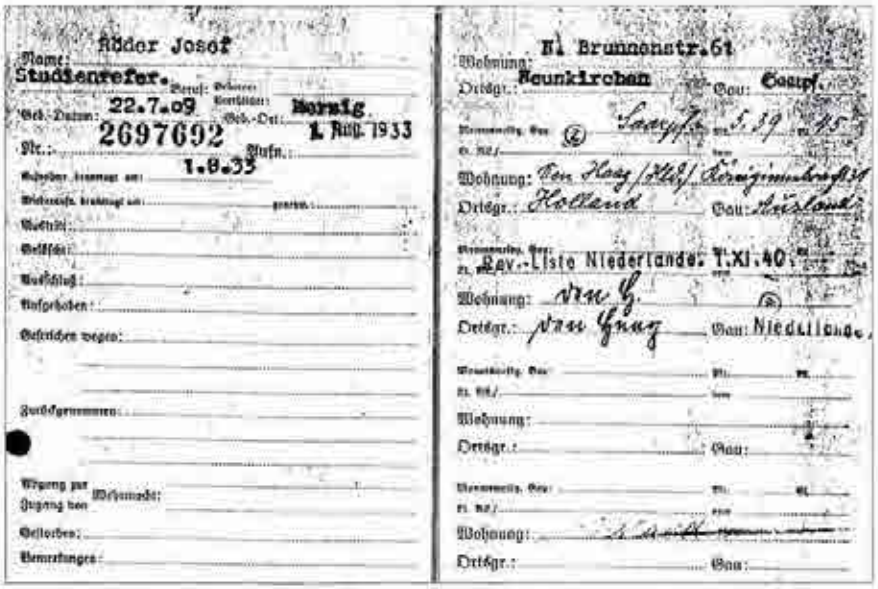

Mitglieds Nr. 2682929 Vor- und Zuname Reinert Hugo
Geboren 24.9.08 Ort S
Beruf Kaufmann Ledig, verheiratet, verw.
Eingetreten 1. Juni 1933
Ausgetreten
Wiedereingetr.
Wohnung S. Bismarckstr. 14
Ortsgr. Saarbrücken Gau Saarpfalz
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau

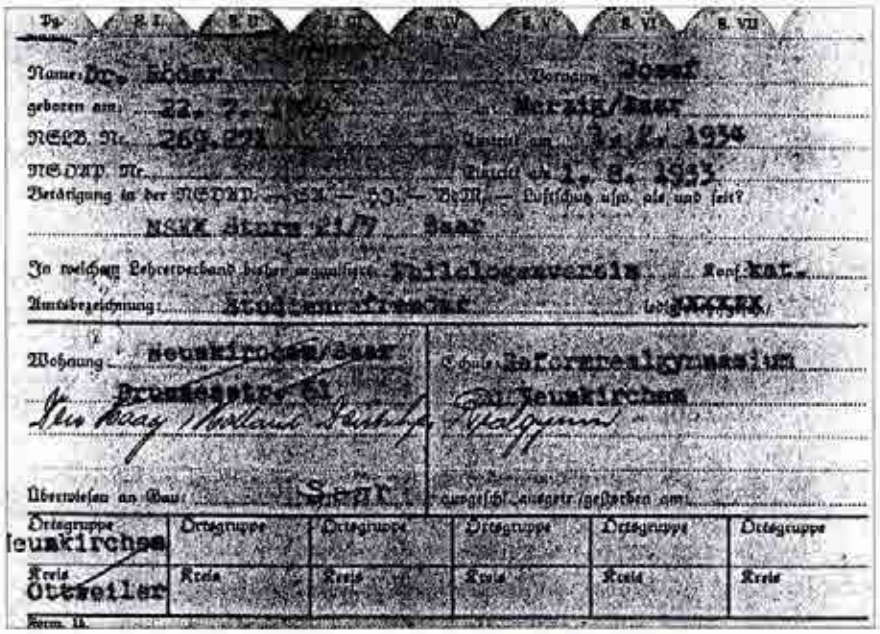
Mitglieds Nr. 2344871 Vor- und Zuname Lautz, Julius von
Geboren 4.11.03 Ort Berlin
Beruf Reg. Ass. Ledig, verheiratet, verw.
Eingetreten 1.5.33
Ausgetreten
Wiedereingetr.
Wohnung Schönhausen, Alt. d. Linden 6
Ortsgr. Schönhausen Gau Ostmark
Wohnung Fürth, Ring
Ortsgr. Fürth Gau Nord Franken
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau
Wohnung
Ortsgr. Gau

der Saar nach der zweiten Volksabstimmung liegen bis heute nicht vor. Eine stichprobenartige Anfrage beim *Berliner Document Center* (siehe S. 98) hat für den sich im Januar 1956 konstituierenden Landtag folgende Ergebnisse gebracht: Die Fraktion der DPS hatte während der Legislaturperiode 16 Mitglieder. Die Stichprobe umfaßte sieben Abgeordnete, davon waren sechs Mitglieder der NSDAP, der siebte, Peter Engel, war in der Zentralkartei nicht erfaßt, er fand sich allerdings in einem Verzeichnis der SS. Als Mitglied der SS war er von 1942 bis 1944 in Warschau im Rang eines Oberscharführers stationiert. Richard Becker, wegen seiner Verdienste im Abstimmungs-

oben:
Röders NSDAP-Mitgliedskartei

unten:
Röders NS-Lehrerbund-Mitgliedskartei mit Hinweis auf seine Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps NSKK Sturm 21/7 Saar


Name: Röder Josef
Studienrefer.
Geb.-Datum: 22.7.09
Geb.-Ort: Merzig
1. Aug. 1933
Nr.: 2697692
1.8.33
Wohnung: Neunkirchen
Ortsgr.: Gau: Saarpf.
Wohnung: Den Haag/Holl/ Koningingbrugstr
Ortsgr.: Holland Gau: Holland
Rev.-Liste Niederlande: 1.XI.40
Wohnung: Den Haag
Ortsgr.: Den Haag Gau: Niederlande

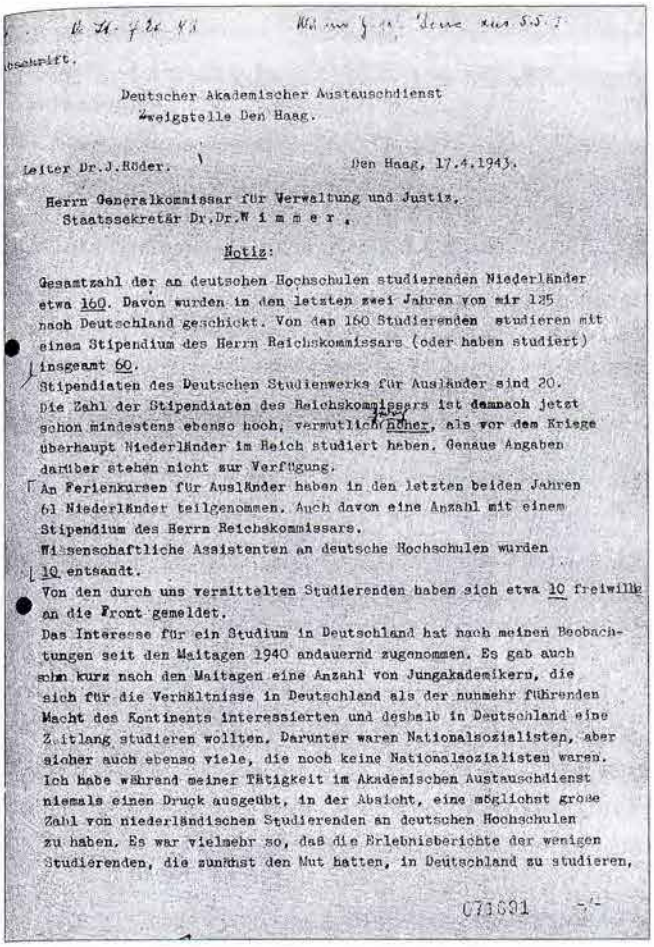

Name: Dr. Röder Vorname: Josef
geboren am: 22. 7. 1909 in: Merzig/Saar
NSDAP. Nr.: 1. 8. 1933
Betätigung in der NSDAP.: NSKK Sturm 21/7 Saar
In welchem Lehrerverband bisher organisiert: Philologenverein Konf.: kath.
Amtsbezeichnung: Studienassessor bei: NSKK
Wohnung: Neunkirchen/Saar Brunnenstr. 61
Den Haag/Holland Koningingbrugstr.
Schule: Reformrealgymnasium Neunkirchen
Überwiesen an Gau: Saar
Ortsgruppe: Neunkirchen
Kreis: Ottweiler

kampf 1935 zum Mitglied des Saarbrücker Stadtrates ernannt, trat 1936 der NSDAP bei. Der Fraktionsvorsitzende Ernst Schäfer wurde am 1. November 1935 Mitglied der Partei. Sein Vorgänger Paul Simonis wurde am 1. Juni 1933 aufgenommen.

Nachfolger Heinrich Schneiders als Präsident des saarländischen Landtages wurde Wilhelm Kratz von der CDU. Er wurde am 1. Juni 1933 in die NSDAP aufgenommen. Sein Nachfolger Julius von Lautz, ebenfalls CDU, wurde einen Monat vor Kratz am 1. Mai 1933 Mitglied der Partei des Führers. Er war dann von 1959 bis 1968 saarländischer Justizminister.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Albrecht wurde am 1. Juni 1936 Mitglied der NSDAP. Als Richter am Sondergericht Prag war er nach tschechoslowakischen Angaben für Todesurteile gegen Widerstandskämpfer verantwortlich. Diese Angaben bedürfen noch der Überprüfung.

Nachdem der Ministerpräsident Hubert Ney – er war führender Funktionär der *Deutschen Front* – am 25. März 1957 zurücktrat, wurde Egon Reinert zu seinem Nachfolger gewählt. Sein Mitgliedsdokument verzeichnet den 1. Juni 1933 als Beitrittsdatum zur NSDAP. Nachfolger Reinerts als Ministerpräsident wurde Franz Josef Röder, Mitglied der NSDAP seit 1. August 1933, wenig später aus dem *Philologenverein* aus- und am 1. Februar 1934 dem *NS-Lehrerbund* beigetreten. Roeder war Angehöriger des *Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps NSKK Sturm 21/7 Saar*. Er wechselte 1937 nach Den Haag, wo er Mitglied der illegalen NSDAP-Organisation in Holland wurde. Als Leiter des deutschen akademischen Austauschdienstes in Den Haag war er unter



Deutscher Akademischer Austauschdienst
Zweigstelle Den Haag.

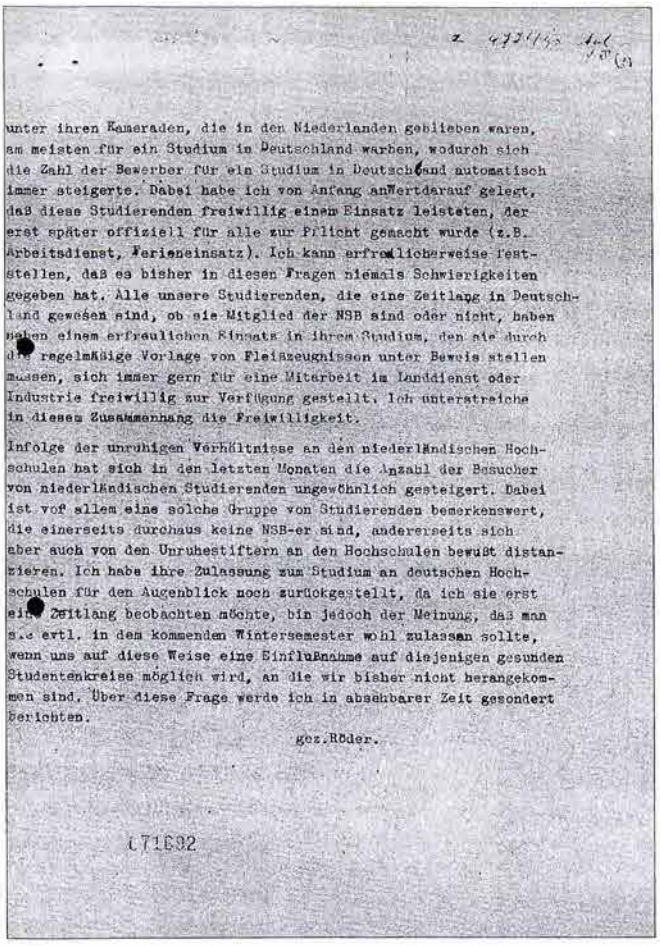
Leiter Dr.J.Röder. Den Haag, 17.4.1943.

Herrn Generalkommissar für Verwaltung und Justiz,
Staatssekretär Dr.Dr.W i m m e r ,

Notiz:

Gesamtzahl der an deutschen Hochschulen studierenden Niederländer etwa 160. Davon wurden in den letzten zwei Jahren von mir 125 nach Deutschland geschickt. Von den 160 Studierenden studieren mit einem Stipendium des Herrn Reichskommissars (oder haben studiert) insgesamt 60.
Stipendiaten des Deutschen Studienwerks für Ausländer sind 20.
Die Zahl der Stipendiaten des Reichskommissars ist demnach jetzt schon mindestens ebenso hoch, vermutlich höher, als vor dem Kriege überhaupt Niederländer im Reich studiert haben. Genaue Angaben darüber stehen nicht zur Verfügung.
An Ferienkursen für Ausländer haben in den letzten beiden Jahren 61 Niederländer teilgenommen. Auch davon eine Anzahl mit einem Stipendium des Herrn Reichskommissars.
Wissenschaftliche Assistenten an deutsche Hochschulen wurden 10 entsandt.
Von den durch uns vermittelten Studierenden haben sich etwa 10 freiwillig an die Front gemeldet.
Das Interesse für ein Studium in Deutschland hat nach meinen Beobachtungen seit den Maitagen 1940 andauernd zugenommen. Es gab auch schon kurz nach den Maitagen eine Anzahl von Jungakademikern, die sich für die Verhältnisse in Deutschland als der nunmehr führenden Macht des Kontinents interessierten und deshalb in Deutschland eine Zeitlang studieren wollten. Darunter waren Nationalsozialisten, aber sicher auch ebenso viele, die noch keine Nationalsozialisten waren. Ich habe während meiner Tätigkeit im Akademischen Austauschdienst niemals einen Druck ausgeübt, in der Absicht, eine möglichst große Zahl von niederländischen Studierenden an deutschen Hochschulen zu haben. Es war vielmehr so, daß die Erlebnisberichte der wenigen Studierenden, die zunächst den Mut hatten, in Deutschland zu studieren,

071691



unter ihren Kameraden, die in den Niederlanden geblieben waren, am meisten für ein Studium in Deutschland warben, wodurch sich die Zahl der Bewerber für ein Studium in Deutschland automatisch immer steigerte. Dabei habe ich von Anfang an Wert darauf gelegt, daß diese Studierenden freiwillig einen Einsatz leisteten, der erst später offiziell für alle zur Pflicht gemacht wurde (z.B. Arbeitsdienst, Ferieneinsatz). Ich kann erfreulicherweise feststellen, daß es bisher in diesen Fragen niemals Schwierigkeiten gegeben hat. Alle unsere Studierenden, die eine Zeitlang in Deutschland gewesen sind, ob sie Mitglied der NSB sind oder nicht, haben neben einem erfreulichen Einsatz in ihrem Studium, den sie durch die regelmäßige Vorlage von Fleißzeugnissen unter Beweis stellen müssen, sich immer gern für eine Mitarbeit im Landdienst oder Industrie freiwillig zur Verfügung gestellt. Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang die Freiwilligkeit.

Infolge der unruhigen Verhältnisse an den niederländischen Hochschulen hat sich in den letzten Monaten die Anzahl der Besucher von niederländischen Studierenden ungewöhnlich gesteigert. Dabei ist vor allem eine solche Gruppe von Studierenden bemerkenswert, die einerseits durchaus keine NSB-er sind, andererseits sich aber auch von den Unruhestiftern an den Hochschulen bewußt distanzieren. Ich habe ihre Zulassung zum Studium an deutschen Hochschulen für den Augenblick noch zurückgestellt, da ich sie erst eine Zeitlang beobachten möchte, bin jedoch der Meinung, daß man sie evtl. in dem kommenden Wintersemester wohl zulassen sollte, wenn uns auf diese Weise eine Einflußnahme auf diejenigen gesunden Studentenkreise möglich wird, an die wir bisher nicht herangekommen sind. Über diese Frage werde ich in absehbarer Zeit gesondert berichten.

gez.Röder.

071692

anderem für die „weltanschauliche" Beurteilung holländischer Studenten zuständig, die als Nazi-Sympathisanten einen Studienaufenthalt in Deutschland beantragten.

Heinrich Schneider verstarb hochgeehrt 1974. Er hatte noch einen historischen Roman über sein Leben und den Abstimmungskampf 1955 verfaßt, *Das Wunder an der Saar*, der ein saarländischer Bestseller wurde. Die saarländische F.D.P./ DPS bemüht sich seit Jahrzehnten, den ehemaligen Vorsitzenden der *Saarbrükker Straßenumbennungskommission* durch eine nach ihm benannte Straße zu ehren. 1984 forderte sie, die *Westspange* nach ihm zu benennen - mit der originellen Begründung, daß Heinrich Schneider einer der Förderer der „Zurück nach Deutschland-Bewegung" gewesen sei.

Im letztjährigen Bundestagswahlkampf erklärte der saarländische FDP-Generalsekretär Jorgo Chatzimarkakis den einstigen Gauredner der NSDAP und rabiaten Antisemiten Schneider zum Traditionsbestand der F.D.P. Saar. Obwohl man dem Generalsekretär nach Lektüre seiner Begründung für die Ehrung Schneiders - „Deswegen buchstabieren wir ab sofort das DPS in unserem Namen mit ‚Definitiv pro Saarland'" - ein hochgradig ausdifferenziertes Geschichtsbewußtsein bescheinigen muß, kann man doch vermuten, daß Heinrich Schneider darüber nicht glücklich gewesen wäre. Eine Partei, deren Generalsekretär einen solchen Namen trägt, wäre nicht die seine.

Literatur

1 *Siehe Artikelserie von Peter Miska* So deutsch ist die Saar, *FRANKFURTER RUNDSCHAU, Oktober 1956*

2 *Gerhard Paul,* Die saarländischen Emigranten und ihr gescheiterter Staat, *in:* Grenzfall. Das Saarland zwischen Deutschland und Frankreich 1945-1960, *Hg. Rainer Hudemann, Burkhard Jellonnek, Bernd Rauls, Rasch und Röhrig Verlag, St. Ingbert 1997, S. 135-149.*

3 *Jürgen Hannig,* Grenzen der Politik. Saarfrage und Abstimmungskampf 1955, *in:* Von der ‚Stunde 0' zum ‚Tag X'. Das Saarland 1945-59, *Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, Hg. Stadtverband Saarbrücken, Saarbrücken 1990, S. 351-378.*